

Winterthur - Vom Wohnparadies zur Steuerhölle

In Winterthur lebt es sich gut. Die Stadt gibt sehr viel Geld aus für Soziales und Kultur. Nun hat sie ein Finanzproblem. Sie versäumte es, gute Steuerzahler, Firmen und Unternehmungen mit Weltruf anzulocken.

„Ein Budget der Vernunft“: So nannte der Stadtrat von Winterthur seinen Voranschlag für das Jahr 2014 vor ein paar Wochen. Budgets der öffentlichen Hand haben normalerweise keinen Namen, und wenn Politiker das Wort «Vernunft» verwenden, dann muss etwas im Argen liegen. Tatsächlich. Der Stadtrat erklärte, in der Stadtkasse klaffe ein Loch von 62 Millionen Franken. Deshalb müsse Winterthur sparen und die Steuern erhöhen. Massiv erhöhen. Schuld am Debakel ist laut dem Stadtrat der Kanton. Dieser zahle Winterthur zu wenig für die Zentrumslasten, welche die sechstgrösste Stadt der Schweiz trage. «Der jetzige Betrag berücksichtigt nicht, dass die Kosten für Soziales und die Volksschule in den letzten Jahren um zweistellige Millionenbeträge gewachsen sind», sagte die sozialdemokratische Finanzdirektorin Yvonne Beutler empört in die Mikrofone. Für diesen Anstieg könne Winterthur nichts. Allein die Sozialhilfe verschlinge einen Drittel der Steuererträge. Dreimal mehr als in Zürichseegemeinden. Der Stadtrat belies es nicht bei der Empörung. Er ging zur Kantonsregierung und bat um Geld. Der zuständige Justizdirektor Martin Graf lächelte milde und schüttelte den Kopf. Den peinlichen Gang hätte sich die Winterthurer Exekutive sparen könnten. Sie weiss seit Jahren, dass es mit dem neuen Finanzausgleich nicht mehr so einfach sein wird, sich im kantonalen Ausgleichstopf zu bedienen. Anstrengungen, die Einnahmen zu drosseln, hat die Stadt bis jetzt dennoch nicht gemacht. Sonst stünde das Eigenkapital nicht bei mickrigen 25 Millionen Franken, während die Ausgaben 1,5 Milliarden Franken betragen.

Vernünftiger als der Gang zum Kanton wäre es gewesen, sich zu fragen, weshalb die Bevölkerung in Winterthur zwischen 2005 und 2012 um gut 10 Prozent zunahm, die Kosten für Sozialhilfe jedoch um 55 Prozent. Die Probleme Winterthurs liegen tiefer, als der Streit um die Ausgleichszahlungen vermuten lässt. Und sie sind hausgemacht. Um sie zu verstehen, muss man in die Geschichte Winterthurs eintauchen. Zum Beispiel ins Jahr 2002, als Ernst Wohlwend das Zepter übernahm, als erster sozialdemokratischer Stadtpräsident in Winterthur. Der Sohn einer Arbeiterfamilie hatte den Niedergang der Maschinenindustrie in Winterthur und der herrschenden gesellschaftlichen und politischen Elite erlebt.

Die einst mächtigen Industriefirmen Sulzer oder Rieter konnten im globalen Wettbewerb nicht mehr mithalten und gingen langsam ein. Die Gebrüder Volkart, die einmal zu den grössten Baumwollhändlern der Welt gehörten, verschwanden ebenfalls von der Bildfläche. Und die Winterthur-Versicherung, in den 90er Jahren einer der zehn grössten Versicherungskonzerne Europas, wurde der Credit Suisse einverleibt. Diese Firmen hatten Winterthur jahrzehntelang geprägt. Insbesondere die Maschinenindustrie. Sie machte Winterthur zur Arbeiterstadt und auferlegte den Fabrikarbeitern oft harte Arbeitsbedingungen. Die Industriellen gründeten aber auch Wohlfahrtseinrichtungen und förderten den gemeinnützigen Wohnungsbau. Sie waren zudem Mäzene, die aus Winterthur eine ausserordentliche Kulturstadt machten, mit bedeutenden Museen, einem angesehenen Musikkollegium und einem Villenviertel mit prächtigen Gärten. Ihr Geld ermöglichte dies. Als sie untergingen, verlor die Stadt ihren Motor und ihre Gönner. Die Industrieareale lagen brach. Winterthur drohte das Schicksal von Detroit.

Ernst Wohlwend wollte genau das verhindern und setzte zehn Jahre alles daran, dass Winterthur wächst. Ziel war es, mehr Einwohner anzuziehen und mehr Firmen. Die Stadt sollte zudem neues Selbstbewusstsein schöpfen. Die Industrieareale wurden umgezont, damit Wohnungen entstehen konnten. Es wurden neue Siedlungen, ganze Quartiere aus dem Boden gestampft. Viele der Bauten waren zunächst günstige Mehrfamilienhäuser. Später entstanden auch gehobene Wohnungen. In den Industriebrachen nistete sich eine Kreativ-Szene ein, die das Kultur- und Nachtleben von Winterthur belebt. Wohlwend pumpte zudem viel Geld in die Kultur, das Erbe der Industriemäzene sollte weiterleben. Der Sozialdemokrat machte aus Winterthur eine farbige Stadt, in der es sich gut leben lässt. Er schuf ein Wohnparadies. Der Slogan: Wir sind das Beste, was Zürich zu bieten hat. Die Stadt übernahm gewissermassen die Rolle, die früher die industrielle Elite innehatte. Sie war es nun, die dafür sorgte, dass Winterthur sozial war und dass das Kulturangebot reichhaltig blieb. Eins bedachte der **rote Ernst Wohlwend** jedoch nicht: Wer sollte das alles bezahlen? Der linksgrünen Stadt gelang es eben nicht, gute Steuerzahler in grösserer Zahl anzulocken. Winterthur liegt im kantonalen Schnitt immer noch deutlich zurück. In der Ära Wohlwend gelang es auch nicht, bedeutend mehr Unternehmen in die Stadt zu locken, um mehr Steuern zu generieren. Winterthur mag von der Grösse her eine Grossstadt sein. Betrachtet man aber die Wirtschaft, ist Winterthur ein kleines Städtchen. Auf 100 Einwohner kommen gerade einmal 57 Arbeitsplätze, Winterthur spielt hier in der gleichen Liga wie Thun, La Chaux-de-Fonds oder Köniz, wie Beat Meier, Präsident der Winterthurer Grünliberalen, vorrechnet. Sogar im Vergleich mit dem kantonalen Durchschnitt sei die Arbeitsplatzdichte unterdurchschnittlich.

Dabei hätte Winterthur die besten Voraussetzungen. Die Stadt liegt nah am Flughafen und bei der Wirtschaftsmetropole Zürich, ist verkehrsmässig vorzüglich erschlossen und besitzt eine Hochschule und viel grünen Erholungsraum. Kaum eine andere Stadt kann zudem eine solche industrielle Tradition vorweisen: Winterthur war die erste Industriestadt in der Schweiz überhaupt. Hier entstand die erste Textilfabrik, die erste Chemiefabrik, die erste Ventil-Dampfmaschine, und hier wurden die ersten Dieselmotoren entwickelt.

Wie konnte man zulassen, dass Winterthur zur Wohn- und Schlafstadt mutiert und die Wirtschaft vernachlässigt wird? Wie konnte man zulassen, dass sich halb Winterthur jeden Morgen in die S-Bahn drängen muss, um zur Arbeit nach Zürich zu fahren? Das Fehlen einer starken Wirtschaft ist fatal. Wer soll das soziale Wohnparadies denn finanzieren? Michael Künzle, der Wohlwend vor einem Jahr abgelöst hat als Stadtpräsident, räumt ein, dass man in der Vergangenheit wohl zu sehr aufs Wohnen gesetzt habe. Der CVP-Politiker betont, dass er sich stärker um Firmenansiedlungen bemühe. Bloss – die vom Stadtrat einstimmig beantragte Steuererhöhung von 5 Prozentpunkten auf 127 Prozent ist dafür ein ungeeignetes Mittel. Wird die Steuererhöhung im Parlament genehmigt, wird Winterthur zur Zürcher Gemeinde mit dem höchsten Steuerfuss. Die Unternehmenssteuer würde in der Folge auf 24 Prozent klettern. In Luzern ist sie halb so hoch. Das scheint den Stadtrat aber nicht zu kümmern. So ist etwa SP-Sozialvorstand Nicolas Galladé für höhere Steuern und gegen Leistungskürzungen im Sozialbereich – auch wenn die Stadt diese Leistungen freiwillig erbringt. Winterthur unterstützt AHV- und IV-Bezüger mit Beiträgen, dabei ist dies Sache von Bund und Kanton. Die Rechnungen der Stadt sind auf diese Art nicht zu bezahlen. Ja, Vernunft täte Winterthur not, will Winterthur definitiv nicht zum Griechenland der Schweiz werden

René Isler, SVP-Kantonsrat, Winterthur